

Chemnitz, 22.11.2025

Vom 20. bis 22.11.2025 fand in Chemnitz die 52. Bundeshauptversammlung des Verbands Sonderpädagogik e.V. statt. Das **Tagungsmotto „Vielfalt – Teilhabe - Demokratie“** regte zu einem intensiven Austausch an und initiierte einen Diskurs mit unmittelbarem Bezug zu den aktuell besorgniserregenden gesellschaftlichen Entwicklungen. Wie schon aus der Regensburger Erklärung aus dem Jahr 2023 hervorgeht, benötigt unser Land eine gefestigte und wehrhafte Demokratie, die sich ihren Gegnern und Zweiflern entschlossen entgegensetzt. Wir stehen nach wie vor geeint hinter dieser Erklärung und erneuern und stärken diese Gedanken mit der „Chemnitzer Deklaration“.

Der Verband Sonderpädagogik beteiligt sich aktiv am weiteren Ausbau einer inklusiven Gesellschaft und stellt sich solidarisch an die Seite aller gleichgesinnten Menschen, Verbände und Institutionen in unserem Land, **die Rechtspopulismus und Demokratieabbau** entgegentreten.

Chemnitzer Deklaration

Demokratie braucht Engagement, Haltung, Teilhabe und gemeinsames Handeln.

Eine demokratische Gesellschaft kann nur dann bestehen, wenn alle Menschen – unabhängig von Herkunft, Geschlecht, Sprache, Behinderung, sozialem Status oder religiöser Zugehörigkeit – gleichberechtigt an ihr teilhaben können. Inklusive Bildung ist dafür das Fundament. Sie schafft die Voraussetzungen, damit Menschen frühzeitig erfahren, dass Unterschiedlichkeit keinen Nachteil, sondern Stärke bedeutet.

Demokratie braucht Schulen, die Vielfalt leben.

Bildungseinrichtungen müssen Orte sein, an denen Vielfalt sichtbar und erfahrbar sowie wertgeschätzt wird. Dazu gehören barrierefreie Lernumgebungen, multiprofessionelle Teams, individualisierte Lernangebote und eine Kultur der gegenseitigen Unterstützung. Pädagoginnen und Pädagogen benötigen hierfür Zeit, Ressourcen, fachliche Begleitung und gesellschaftliche Rückendeckung. Nur so kann eine inklusive Schulkultur entstehen, die niemanden ausschließt und allen Kindern und Jugendlichen eine Stimme gibt.

Demokratie braucht verlässliche politische Entscheidungen.

Politik ist aufgefordert, inklusive Bildung nicht länger als Wahloption, sondern als verbindliche gesamtgesellschaftliche Aufgabe zu begreifen. Es braucht eine dauerhafte, verlässliche Finanzierung, strukturelle Absicherung und klare Zuständigkeiten. Inklusion darf nicht von Engagement Einzelner abhängen, sondern muss systemisch verankert werden. Sie bedarf beherzter Verwaltungsentscheidungen aller.

Demokratie braucht Haltung.

In einer Zeit, in der populistische und ausgrenzende Stimmen lauter werden, ist es umso wichtiger, Haltung zu zeigen. Der Verband Sonderpädagogik ruft alle Akteurinnen und Akteure im Bildungswesen, in Politik, Wissenschaft und Gesellschaft auf, sich klar zu

Menschenrechten, Vielfalt und Teilhabe zu bekennen. Wir stehen gemeinsam gegen Diskriminierung, Ausgrenzung und jede Form von Abwertung.

Aus diesem Grund distanziert sich der vds von Organisationen und Parteien, die die Würde bestimmter menschlicher Gruppen für antastbar erklären und sich damit außerhalb der Grundlagen unseres Grundgesetzes stellen und die in Wort und Tat Überzeugungen zum Ausdruck bringen, die nicht mit den Werten unseres Verbandes vereinbar sind.

Demokratie braucht Zukunft.

Nur durch konsequente inklusive Bildung kann eine Gesellschaft entstehen, die gerecht, solidarisch und zukunftsfähig ist. Inklusion ist kein Luxus – sie ist die Voraussetzung für ein friedliches und demokratisches Zusammenleben. Der Verband Sonderpädagogik e.V. bekräftigt daher: Wir werden uns weiterhin mit großem Nachdruck, großer Fachlichkeit und Leidenschaft für inklusive Bildung einsetzen – in Schulen, in Politik und in der öffentlichen Debatte. Denn:

Demokratie braucht Inklusion – und Inklusion braucht uns alle.